

Jagd auf schwarze Konten

STEUEROASEN. Mit Offshore-Leaks wird der weltweite Kampf gegen Steuerhinterzieher verschärft.

Früheren Daten-Dieben, deren CDs die Sache erst ins Rollen brachten, wurde aber oft übel mitgespielt.

Von Rainer Himmelfreundpointner

Schon mal von der „Crim-Kommission“ gehört? Diese tagt nicht auf der schönen Halbinsel am Schwarzen Meer, sondern in Straßburg und Brüssel. Doch auch sie blickt auf ein weitläufiges Meer – bestehend aus Abermillionen von schwarzen Konten in diversen Steueroasen, wo deren Inhaber ein Vermögen von etwa 24 Billionen Euro vor einer Besteuerung verstecken.

Erst kürzlich, am 23. April, hielt dieser 2012 ins Leben gerufene „Sonderausschuss für organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche“ des EU-Parlaments ein Hearing ab, bei dem der Raum ASP 3E2 förmlich aus den Nähten platzte. Auf der Tagesordnung stand ein Bericht der gebürtigen Österreicherin Brigitte Unger, Professorin an der Wirtschaftsuni von Utrecht. Ihr sperriges Thema: „Geldwäsche und Steuerflucht in EU-Mitgliedsstaaten und die Konsequenzen für die Europäische Union – eine Analyse der jüngsten Entwicklungen.“

Die international renommierte Wiener Expertin fasste ein Thema zusammen, das seit Wochen die Schlagzeilen beherrscht, aber in all seinen Verästelungen kaum noch zu überblicken ist: die vor allem von der EU und den USA vorangetriebene Jagd auf das in Steueroasen versteckte Geld von Reichen unterschiedlichster Provenienz. Eine Hatz, die durch die Enthüllungen von Offshore-Leaks jetzt auch eine „völlig neue Dimension“ bekommen hat, wie EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta erklärt. >

24 Billionen Euro

Diese Summe, die sich lediglich 8,5 Millionen Personen teilen, ist derzeit laut Schätzungen des „Tax Justice Network“ auf Steueroasen weltweit gebunkert. Dadurch entgehen den Ursprungsstaaten bis zu 215 Milliarden Euro an Steuern.

10 Milliarden Euro

Ungefähr diesen Betrag stuft der Linzer Ökonom Friedrich Schneider als ausländisches Schwarzgeld ein, das auf österreichischen Konten durch das hier noch gültige Bankgeheimnis geschützt ist.

9 Billionen Euro

werden allein von den 50 größten Privatbanken unter dem Titel Vermögensverwaltung über nationale Grenzen in Steueroasen verschoben.

25 Prozent

aller Gelder, die in internationalen Steueroasen auf schwer zuzuordnenden Konten geparkt sind, gehören zu Unternehmen, die ihren Sitz wiederum in anderen Steueroasen haben.

3,6 Prozent

war 2009 laut vorsichtigen UN-Berechnungen jener Anteil am Bruttoweltprodukt, also an der globalen Wirtschaftsleistung, der durch Geldwäsche über Steueroasen jährlich verloren geht. 2009 waren es immerhin rund 2,1 Billionen Dollar.

130.000 Namen

Auf diese Anzahl dürfte sich jene Personengruppe belaufen, deren Steuerkonstruktionen durch Offshore-Leaks aufgedeckt wurden. Dabei soll die bisher größte Schwarzgeld-Datensammlung lediglich von zwei Treuhandkanzleien stammen. Die Daten sollen nach und nach in Medien auf der ganzen Welt veröffentlicht werden. Ob und wann sie den Steuerbehörden übergeben werden, steht noch nicht fest.

GETTY IMAGES

„Man hat keine Chance“

Der Vorarlberger Klaus Lins, Europas erster Stiftungsdaten-Whistleblower, über sein persönliches Offshore-Leaks und den erstaunlichen Österreich-Konnex seiner Steuer-CDs.



trend: Sie haben 1997 als erster Datendieb Kundenunterlagen des liechtensteinischen Treuhänders und bekannten Kunstsammlers Herbert Batliner an deutsche Medien und somit indirekt an Behörden weitergegeben. Sie zeigten erstmals, „in welcher Dimension, Dreistigkeit und Raffinesse in Deutschland Steuern hinterzogen werden“, wie der „Spiegel“ schrieb. Zuerst wurden Sie als Robin Hood gefeiert, waren aber wegen Diebstahl und Erpressung sechs Monate in Haft. Wie geht es Ihnen heute?

Lins: Ich lebe in einer kleinen Wohnung in Feldkirch, habe immer noch Schulden, kein fixes Einkommen und halte mich mit freiberuflichen Recherchen und IT-Beratung über Wasser. Ich habe aber gewusst, worauf ich mich einlasse, nur mit Gefängnis habe ich nicht gerechnet.

Ihre zwei Daten-CDs mit 18.206 Datensätzen haben zu 180 Steuerstrafverfahren in der Schweiz und 160 in Deutschland geführt ...

... und allein dem deutschen Fiskus mindestens 500 Millionen Euro, vielleicht sogar eine Milliarde an zusätzlichen Steuereinnahmen gebracht.

Waren auch österreichische Namen darunter?

Das sage ich nicht, aber ich kenne sie natürlich schon.

Sind diese Daten den Behörden bekannt?

Den deutschen Behörden eher nicht, weil ich den Großteil der österreichischen Namen herausgefiltert habe. Aber die österreichische Staatsanwaltschaft hat die Namen schon. Die hat ja alles beschlagnahmt, als ich angeklagt wurde.

Schildern Sie mal ...

Ein Oberstaatsanwalt aus Innsbruck, Kurt Spitzer, war damals persönlich bei mir.

Jener Staatsanwalt, der von Liechtenstein beauftragt war, Vorwürfen des deutschen Bundesnachrichtendienstes hinsichtlich Geldwäsche und Steuerhinterziehung im Fürstentum nachzugehen?

Ja. Mit ihm waren auch Beamte des Innenministeriums bei mir. Zuerst haben wir in der Staatsanwaltschaft Feldkirch gesprochen, dann angeblich aus Sicherheitsgründen in einem privaten Haus. Kurz darauf wurde Herr Spitzer nach Liechtenstein beordert. Ich kann mich noch erinnern, dass

Der Fall Klaus Lins

Der Vorarlberger gilt als erster Whistleblower in Sachen Aufdeckung geheimer Schwarzgeldkonten. Jahrelang hatte er für den prominenten liechtensteinischen Stiftungstreuhänder Herbert Batliner dessen IT-Systeme betreut. Klaus Lins vermutete etliche – nicht bewiesene – Fälle von Begünstigten-Schädigung. 1997 übergab er insgesamt 18.206 Batliner-Datensätze zuerst an den „Spiegel“, dann an den „Stern“, der sie schließlich an deutsche Steuerfahnder weiterreichte. Die beiden Lins-CDs führten zur Aufdeckung eines der größten Steuerskandale in Deutschland, der sogar in einer handfesten Polit-Affäre mündete. Das System der Mächtigen wehrte sich: Einige allzu forsche Fahnder wurden mittels psychiatrischer Gutachter kaltgestellt.

er von einem großen BMW des Fürsten abgeholt wurde, Kennzeichen FL 2.

Wie viele österreichische Namen waren bei diesen Aufzeichnungen dabei?

Mindestens drei interessante Stiftungen von Österreichern. Aber auch sehr viele österreichische Namen in internationalen Stiftungen. Ich habe davon nie wieder etwas gehört. Dem Herrn Spitzer war und ist bis heute wohl gar nicht bewusst, was er da

für einen Datenschatz in Händen hält. Ich glaube nicht, dass er das an die Finanz weitergegeben hat, und weiß auch nicht, ob das rechtlich möglich wäre.

Aber der Mann galt doch als Stiftungsexperte?

Der hatte keine Ahnung von Stiftungen. Aber zu Österreich will ich jetzt nichts mehr sagen. Irgendwo muss ich ja meinen Lebensabend verbringen. Außerdem ist es mir bei dem Datenklau nie um Steuerhinterziehung gegangen. Es ist mir scheißegal, ob wer Steuern hinterzieht.

Was war dann Ihre Motivation?

Herr Batliner hat damals 12.600 Stiftungen verwaltet und soll endlich all das Geld rusrücken, das den Begünstigten zusteht, also etwa gemeinnützigen Einrichtungen wie Kinderdörfern. Aber er hat immer gesagt: Eine Stiftung ist keine Bringschuld von ihm, sondern eine Holschuld. Erst wenn ein berechtigter Begünstigter mit den richtigen Unterlagen zu ihm kommt, dann zahlt er auch aus. Nur: Wie sollten denn all die begünstigten Kinderdörfer, Sozialvereine oder Universitäten zu ihm kommen, wenn sie von ihrem Glück überhaupt nichts wissen? In Liechtenstein wissen ja von einer Stiftung und deren Vermögen nur der Stif-

ter selbst und der Treuhänder, eben Leute wie Herr Batliner, sonst niemand. (Anm. d. Red.: *Tatsächlich besteht für Treuhänder gemäß Liechtensteinischem Stiftungsrecht keine Pflicht, Begünstigte von ihrem Recht in Kenntnis zu setzen, so dies der Stifter nicht ausdrücklich bestimmt.*)

Könnten Sie solche begünstigten sozialen Einrichtungen benennen?

Natürlich. Manche sind sogar irgendwo in Asien. Aber immer, wenn ich dort nachgefragt habe, wurde ich abgewiesen. Die haben gemeint, dass es mich nichts angehe, ob sie Geld bekommen hätten oder nicht. In manchen Fällen hat Herr Batliner auch gesagt, der Stifter hätte am Sterbebett seinen Willen geändert und andere Begünstigte eingesetzt. Da hat man keine Chance.

Glauben Sie, dass Offshore-Leaks nun zu einem Austrocknen der Steueroasen führen wird?

Nein, ganz sicher nicht. Zumindest nicht in Liechtenstein. Soweit ich weiß, geht es bei Offshore-Leaks nur um Konten, die auf irgendeinen Fantasienamen lauten. Aber wer dahinter steckt, wissen die Leute von Offshore-Leaks offenbar nicht. Und ein Treuhänder im Fürstentum wird niemals den Namen eines Stifters bekanntgeben.

Denn die Kosten der Finanz- und Schuldenkrise weiter auf die Masse der Steuerzahler überzuwälzen, kann sich inzwischen keine Regierung mehr politisch leisten. Allein in der EU sind laut Kommission nur zwischen 2009 und 2011 etwa 1,6 Billionen Euro an öffentlichen Geldern in die Stützung des Finanzsektors geflossen. Und der Ruf wird lauter, dass Vermögende, die von früheren Finanz-Hypes stark profitiert haben, einen höheren Beitrag leisten.

Doch dank laxer Steuergesetze, schützender Bankgeheimnis-Regeln und der Hilfe eines weltweiten Netzwerks aus Banken, Treuhändern und Steuerberatern entziehen viele Reiche – oft weitgehend legal – ihr Vermögen vor dem Zugriff der Behörden. Meist wird es in einer der 73 Steueroasen dieser Welt, die vom „Tax Justice Network“ (TJN), einer Organisation für Steuergerechtigkeit, als Fluchtziele identifiziert wurden, gebunkert. Allen voran in der Schweiz, gefolgt von den Cayman Islands und Luxemburg. Äußerst beliebt sind auch die Bahamas, die Kanalinseln, Liechtenstein und natürlich Österreich wegen seines immer noch wasserdichten

Bankgeheimnisses. Laut Schätzungen des Linzer Ökonomen Friedrich Schneider haben Ausländer etwa zehn Milliarden Euro Schwarzgeld bei österreichischen Banken versteckt.

Trotz Maria Fekters verbissenen Verteidigungskampfes dürfte die heilige Kuh des österreichischen Bankgeheimnisses – so wie sie von Luxemburg bereits freiwillig geschlachtet wurde – bald endgültig Geschichte sein; zumindest für ausländische Vermögen. Denn zu groß ist nun der Druck der Jagdgesellschaft – bestehend aus EU-Kommission, OECD und der US-Regierung – auf die schwarzen Konten geworden.

Die Steuer-CD-Krimis. Begonnen hat diese Jagd vor etwa 15 Jahren, allerdings unkoordiniert und mit eher zufälligen Ausritten: 1997 löste der Vorarlberger IT-Programmierer Klaus Lins mit der Veröffentlichung von zwei CDs aus der internen Buchhaltung seines damaligen Arbeitgebers Herbert Batliner, der einer der größten liechtensteinischen Stiftungstreuhänder ist, in Deutschland den ersten Skandal aus. Lins' insgesamt 18.206 Datensätze brach-

51

Der Schlüssel zu Ihrem Neuen.



Jetzt in Ihrer Trafik
www.aufervw.at

FÜR LENKER UND DENKER



„Mich hängt man am höchsten Baum“

Rudolf Elmer, der das Steueroasen-Imperium der Bank Julius Bär aufgedeckt hat, über Offshore-Leaks und den Besuch eines österreichischen Botschafters auf den Caymans.

trend: Wie schätzen Sie die Auswirkungen von Offshore-Leaks ein?

Elmer: Mein US-Anwalt Jack A. Blum ist Präsident des Tax Justice Networks und berät als Experte auch das Netzwerk der investigativen Journalisten, die Offshore-Leaks aufgedeckt haben. Weil hier Daten von Banken, Treuhändern, Steueranwälten oder Prüfgesellschaften stammen, stellt deren außerordentlicher Informationsgehalt eine völlig neue Dimension dar. Offshore-Leaks wird enormen Druck auf die Verdunkelungs- und Verschleierungssoasen ausüben. Jetzt werden auch die verschleierte Besitzverhältnisse transparent. Jetzt weiß man, wer der wirtschaftlich Berechtigte und Nutzer eines Trusts ist. Jetzt werden die Namen von prominenten Persönlichkeiten oder Unternehmen bekannt. Herr und Frau Jedermann werden bald großen öffentlichen Druck auf die Politik ausüben, noch dazu angesichts der Schuldenkrise, bei der ja bisher nur die kleinen Steuerzahler zur Kasse gebeten wurden.

Experten befürchten aber bereits, dass in der Praxis wenig Cash für die Steuerbehörden übrig bleiben wird?

ten nicht nur Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl oder den Springreiter Paul Schockemöhle wegen ihrer Batliner-Verbindungen in Veruruf, sondern dem deutschen Fiskus auch mindestens 500 Millionen zusätzlicher Steuereinnahmen, dem Verräter selbst jedoch sechs Monate Haft wegen Diebstahls (siehe Interview Seite 26).

Es folgten weitere spektakuläre Steuer-CD-Enthüllungen: Kurz nach der Jahrtausendwende verhödete der Computerfachmann Heinrich Kieber Unterlagen über etwa 4500 Stiftungen der fürstlichen Liechtensteinischen LGT-Group um rund fünf Millionen Euro an deutsche und amerikanische Steuerbehörden. Promi-

Vielleicht bei einzelnen Fällen. Aber die Arbeit von Offshore-Leaks dient dem ehrlichen Bürger und zwingt die Politik, das Problem der Steueroasen grundsätzlich, systematisch und öffentlich zu bekämpfen. Die Empörung ist groß. Der Volkswille ist da. Die Bevölkerung beginnt zu verstehen, wem diese Oasen dienen. Der Druck wird daher anhalten, zumindest solange die Daten nicht an die Steuerbehörden übergeben werden. Und die investigativen Journalisten werden die Daten nicht übergeben, wenigstens jetzt noch nicht.

Warum nicht? Solange die Quelle geschützt wird, spricht doch nichts dagegen?

Am besten schützen sie die Quellen immer noch selbst. Für das Journalisten-Netzwerk ist das natürlich auch ein Geschäftsmodell. Die Staaten haben ohnehin offizielle Wege, um an die Daten ranzukommen, wenn sie wollten. Den automatischen Informationsaustausch, all das, was mit Fatca offiziell versucht wird. Außerdem: Wissen Sie, was passieren würde, wenn die Offshore-Leaks-Daten den Behörden übergeben werden?

Und zwar?

Die einzelnen Staaten werden nur jene Fälle untersuchen, die ihren Interessen dienen und der Politik nicht schaden. Ich selbst habe ja der Bundesstaatsanwaltschaft der Schweiz die kompletten Cayman-Islands-Unterlagen aus meiner Zeit beim Bankhaus Julius Bär übergeben – und die Bank angezeigt. Aber das wurde nur gegen mich verwendet. Ich bin einer Art „systemischen Korruption“ gegenübergestanden. 2008 bin ich aus Notwehr zu Julian Assange gegangen und habe die schlimmsten Julius-Bär-Fälle auf Wikileaks veröffentlicht. Aber in der Schweiz hängt man mich als „Staats-

feind“ am höchsten Baum am Paradeplatz. Es geht immer um Staats- und Wirtschaftsinteressen, und die Justiz schützt das System und nicht den braven Bürger.

Haben Sie in Ihrer aktiven Zeit bei Julius Bär jemals mit Österreichern zu tun gehabt?

Im Jahr 2000 ist ein österreichischer Botschafter mit seiner Frau in mein Büro auf den Cayman Islands gekommen, hat tausende Dollar auf den Tisch gelegt, um sie auf ein Schweizer Konto einzuzahlen, das er noch gar nicht hatte. Das haben wir telefonisch in Zürich eröffnet, und ich bin mit dem Geld persönlich zuerst auf die Bahamas und dann über London in die Schweiz geflogen. Das gehörte einfach zum Service.

Der Fall Rudolf Elmer

Jahrelang organisierte der Ex-Banker Rudolf Elmer auf den Cayman Islands für die Schweizer Privatbank Julius Bär Offshore-Transaktionen in großem Stil, etwa für mexikanische Drogenbarone oder russische Oligarchen wie den früheren Yukos-Magnaten Michail Chodorkowski. Vor etwa zehn Jahren übergab er aus Gewissensgründen ein Konvolut brisanter Bankkundendaten der Schweizer Bundesstaatsanwaltschaft und zeigte die Bank an. Resultat: Elmer wurde wegen Verrats des Bankgeheimnisses 220 Tage inhaftiert, und die Bank zahlte 50 Millionen Euro Bußgeld.

mentestes Opfer dieser Enthüllung war der Ex-General der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel (siehe Kasten Seite 30). Auch Kieber wurde verknackt.

Hierzulande weniger bekannt ist der Fall des französisch-italienischen Informatikers Herve Falciani, der 2010 Datensätze von etwa 1300 Kunden der Banken HSBC und der Credit Suisse um 2,5 Millionen Euro an das Bundesland Nordrhein-Westfalen verschob, was immerhin zu Steuernachzahlungen von 150 Millionen Euro führte und Falciani Zeugenschutz einbrachte. Weniger erfolgreich war der frühere Top-Banker Rudolf Elmer, der vor >

Der Fall Herve Falciani

Der ehemalige IT-Fachmann der britischen Großbank HSBC, Europas größtem Geldhaus mit einem Gewinn 2012 von über 15 Milliarden Euro, übergab als selbst ernannter Robin Hood 2008 den Pariser Steuerbehörden HSBC-Datensätze mit über 130.000 französischen Steuerflüchtlings und erhielt dafür staatlichen Informantenschutz. 2010 verkaufte Falciani weitere HSBC-Schwarzgeld-Kontodaten um 2,5 Millionen Euro an Nordrhein-Westfalen. 140 Steuerfahnder und zehn Staatsanwälte führten Razzien sonder Zahl durch. In der Folge wurden auch die Dienste der Schweizer Credit Suisse für deutsche Steuerflüchtlinge aufgedeckt. Der Fiskus erhielt so rund 900 Millionen zusätzliche Steuereinnahmen.



Der Fall Kieber

Betrüger, Erpresser, Aufdecker – nicht umsonst wurde die Heinrich-Kieber-Story unter dem Titel „Datendieb“ verfilmt. 2001 schaffte es der clevere Programmierer, der wegen Immobilienbetrugs in Spanien auf der Flucht war, bei der Liechtensteinischen LTG-Group, die damals von „Seiner Durchlaucht Prinz Maximilian von und zu Liechtenstein“ gemangelt wurde, einen IT-Job zu ergattern. Zuerst erpresste er das Fürstentum mit internen Datensätzen und erlangte vorerst Straffreiheit. Dann verkaufte er Steuer-CDs an die USA und an Nordrhein-Westfalen um fünf Millionen Euro. Sein prominentestes Opfer: Ex-Deutsche-Post-Boss Klaus Zumwinkel. Kieber wurde später wegen Datendiebstahls verurteilt.



etwa zehn Jahren die Offshore-Machenschaften der Schweizer Privatbank Julius Bär auf den Cayman Islands aufdeckte. Julius Bär zahlte ein Bußgeld von eher läppischen 50 Millionen Euro; Elmer musste wegen Verletzung des Schweizerischen Bankgeheimnisses 220 Tage hinter Gitter (siehe Interview Seite 28).

Die Macht von Fatca. Immer wieder kommt es in Europa zu derartigen Steuer-CD-Verkäufen. Erst Mitte April 2013 ließ sich der Fiskus in Rheinland-Pfalz 40.000 Schweizer Datensätze von 10.000 Kunden vier Millionen Euro kosten. Aber bisher brachten solche spektakulären Deals in Europa lediglich punktuelle Fahndungserfolge. In den USA hingegen mündete eine ähnliche Aktion 2010 in ein schlagkräftiges Steuerverfolgungsgesetz – im berühmten „Foreign Account Tax Compliance Act“, mit dem die Vereinigten Staaten ihre Steuerflüchtlinge jetzt weltweit verfolgen.

Die Ursprünge des „Fatca“ genannten Gesetzes gehen auf den amerikanischen Whistleblower Bradley Birkefeld zurück, der 2007 der US-Justiz interne Unterlagen der Schweizer Großbank UBS zuspielte, die deren massive Beihilfe zur Steuerflucht belegten. Zwar konnte die UBS ihren Kopf mit einer Strafzahlung von 780 Millionen Dollar aus der Schlinge ziehen. Doch die USA verschärften daraufhin mit der Drohung des Lizenzentzugs in Amerika ihre Gangart gegenüber allen Schweizer Banken, bei denen laut Schätzungen rund 2,1 Billionen Dollar Schwarzgelder veranlagt sein sollen. 13 Schweizer Großbanken verpflichteten sich daraufhin im Rahmen von

Fatca zum automatischen Informationsaustausch mit der US-Steuerbehörde IRS. Was quasi eine Aufgabe des eidgenössischen Bankgeheimnisses – zumindest gegenüber den USA – bedeutet.

Um ihr Geschäftsmodell als Weltreservoir schwarzer Konten aufrecht erhalten zu können, versuchte die Schweiz mit anderen Fluchtgeld-Ursprungsländern, wie etwa Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und auch Österreich, bilaterale Steuerabkommen zu schließen, so genannte „Rubik-Deals“, benannt nach dem magischen Rätselwürfel. Durch diese sollten zwar die in der Schweiz gebunkerten Vermögen an der Quelle besteuert und die Einnahmen den Herkunftsländern überwiesen werden, die Identität der Inhaber aber weiterhin anonym bleiben. Im November 2012 wurde der Vertrag jedoch zuerst vom deutschen Gesetzgeber gekippt, worauf bis auf Österreich auch alle weiteren Staaten umfielen.

Mehr noch: Weil der innenpolitische Druck nach Steuergerechtigkeit und die Last der Staatsschulden inzwischen zu groß geworden sind, einigten sich im Verlauf des Vorjahres immer mehr EU-Mitgliedsländer – allen voran Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und selbst Großbritannien – auf den automatischen Austausch von Kontoinformationen bereits ab 2014. Diese von der OECD entwickelte Transferplattform wurde bei der vor kurzem stattgefundenen Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds sogar als Gemeinschaftsmodell für die G20 – die wichtigsten Industrie- und Schwellenländer – diskutiert.

Argentinien, China, Indien, Brasilien und Russland, selbst alle mit Kapitalflucht konfrontiert, sollen an diesem Vorläufer eines weltweiten, einheitlichen Steuersystems nicht uninteressiert sein. Beim kommenden EU-Ratsgipfel am 20. Mai wird sich Österreich dieser globalen Schwarzgeld-Jagd wohl nicht mehr entziehen können.

Michail Chodorkowski, der russische Putin-Gegenspieler und Ex-Yukos-Ölmagnat (links), und **Klaus Zumwinkel**, der ehemalige Vorstandschef der Deutschen Post, sind nur zwei der prominenten Personen, deren Schwarzgelder durch Steuer-CDs enttarnt wurden.

